



FFF - Keine Akzeptanz fürs „Klimapäckchen“ und die Antwort der Politik

Rettung der Lebensgrundlagen = „1,5 Grad Ziel“ ≠ Wirtschaftspolitik!

Ein Kommentar von Frank Bernhardt und Rudolf Gospodarek

Nach den sehr großen Streikdemos Ende September bei gleichzeitiger Verabschiedung des „Klimapakets“ der Regierung, sowie den erneuten Großdemos Ende November, heißt die Stoßrichtung der FFF „Das akzeptieren wir nicht“ (fridaysforfutureffm.de). Und man ist versucht gleich zu fragen: Was folgt dann? Dazu einige mögliche Szenarien:

Die Ausgangslage

Für Öffentlichkeit und Politik ist es ein Leichtes, ernsthaft und mit Verve dem Anliegen der Jugend Verständnis entgegenbringen und ihm „berechtigte Sorgen“ zu attestieren. Dass die das eben nicht verstanden haben, ist an ihrem kargen „Klimapäckchen“ (tagesschau.de) zu besichtigen. Obwohl die Berufungstitel bei dem Widerstreit sehr nah beieinander liegen: „Menschheit“, „Planet“ und „Zukunft“. Wenn der Konsens nun in den gemeinsamen Idealen besteht, wäre zu prüfen, ob sich daraus eine Einigkeit oder gar Identität in der Sache konstruieren lässt. Dagegen spricht auf jeden Fall in welchem Verhältnis die Widersacher_innen zu einander stehen. Machthabende auf der einen, Ohnmacht auf der anderen Seite.

Wie „Klimarettung“ geht

Die auf dem Pariser Klimagipfel ausgegebene Losung „Temperaturanstieg bis 2050 auf 1,5 Grad begrenzen“ ist einerseits ad acta gelegt, bleibt andererseits als Ideal erhalten. Für die Politik ist das kein Widerspruch! Alles was an Alternativen von der Wissenschaft (IPCC) oder von den streikenden Schüler_innen (FFF) kommt, wird locker vom ‚Tisch gewischt‘. Aber das 1,5-Grad-Ziel bleibt als ideale Zielmarke erhalten. Denn die Politik muss sich um viele Herausforderungen kümmern - mit dem Fazit: Klimapolitik = Wirtschaftspolitik! FFF wird sich die ‚Zähne daran ausbeißen‘, wenn sich der Blick nicht auf die Zwecke der Politik richtet. „Change System, not climate“ deutet hier eine Radikalität an, die allerdings kaum eingelöst wird.

Lieblingsbürger_innen der Politik - na klar „die Wirtschaft“!

Seit Jahrzehnten hat es die Politik erlaubt, allerlei Emissionen in die Atmosphäre zu blasen - neuerdings selbstverständlich im Rahmen bestimmter „Grenzwerte“. Das genehmigte Tun und Lassen der Wirtschaft mit seiner kostengünstigen Entsorgung von Schadstoffen ruiniert

die Natur und damit die Lebensgrundlagen, was FFF zurückweist. Aber die Politik teilt ihnen mit: solche Rücksichtnahme auf die Umwelt würde den Job der Arbeitgeber_innen gefährden und in letzter Konsequenz das Allerheiligste - das private Gewinne-Machen in der Marktwirtschaft. Also ist ein erträgliches Klima wirtschaftsabträglich, kost „uns allen“ Arbeitsplätze. Denn von der kleinen unternehmerischen Minderheit ist die große Mehrheit abhängig, da sie an ihr Einkommen, nur über die besagten Arbeitsplätze gelangt.

Und weil für die abhängig Beschäftigten Geldnot ein ständiger Begleiter ist, kommt es zum Zusammenschluss von oben und unten. So finden Wirtschaftsführer_innen, die vor „ideologischem“ Umweltschutz warnen, viel Unterstützung. Im Verein mit ihnen wird der Nutzen eines verbesserten Klimas bezweifelt - wenn er mit weniger Arbeitsplätzen einhergeht. So soll FFF zum Schweigen gebracht werden! Aus diesem Dilemma verfertigen Politik & Kapital den allein gültigen Maßstab: das Ganze läuft nur „wirtschaftlich vernünftig“ ab. Dabei ist der Verweis ziemlich brutal. Dass Naturschutz und auch der „Factor Arbeit“ in einem totalen Abhängigkeitsverhältnis von „der Wirtschaft“ stehen, soll als Grund zur Zustimmung ausschließliche Gültigkeit haben. Ob die FFF sich damit abspeisen lassen?



Über die Autoren

Frank Bernhardt (*1949) Ausbildung zum Industriekaufmann, Studium und Abschluss zum VR-Lehrer, Ausbildung an Hamburger Förderschule, 2-jähriges Sonderpädagogisches Aufbaustudium, dazu mehrjährige Tätigkeit im Personalrat VR So und Schul-PR, ab 2015 im Ruhestand. Seit 1968 Mitglied in der IG Metall, danach bis dato in der GEW. Mehrere Veröffentlichungen in der Hamburger Lehrerzeitung (hlz).

Kontakt: Bernhardt@alstersite.de

Rudolf Gospodarek (*1941) Ausbildung zum Techniker in Polen, Umzug nach HH, dann Abschluss des Studiums zum Sozi-Päd., Arbeit als Sozi-Päd., dann Abschluss des grundständigen Studiums zum Sonderpädagogen, dann Tätigkeiten an mehreren Förderschulen in HH, 2007 Versetzung in den Ruhestand, Mitglied in der GEW seit über 30 Jahren, mehrere Veröffentlichungen in der Hamburger Lehrerzeitung (hlz).

Kontakt: RudolfGospodarek@web.de